

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Juni 2018

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

zwei Sitzungswochen sind vorüber. Sie endeten mit einem Paukenschlag: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zumindest auf Zeit entzweit wegen eines von 63 Punkten des der CDU noch unbekanntem Masterplans des Bundesinnenministers Seehofer.

Trotz der eigenen Überzeugung, sind Zweifel stets berechtigt und Kompromisse gesellschaftlich geboten. Niemand sollte den Anspruch auf allumfassende Weisheit haben – sie gibt es nicht.

Worum geht es in dem Streit inhaltlich? Der CSU-Masterplan soll die Zurückweisung von bereits in EU-Staaten registrierten Asylbewerbern vorsehen. Nach europäischem Recht ist eine Zurückweisung an der Grenze möglich. Allerdings wird dadurch das Problem in keiner Weise gelöst, da die Menschen dann in unserem Fall vor allem in Österreich, nicht aber in dem Land sind, in dem sie registriert wurden. Der Kompromiss, den die Bundeskanzlerin nun vorgestellt hat, sieht vor, wie es Macron in Frankreich getan hat, in den kommenden beiden Wochen bilaterale Abkommen mit den Hauptmigrationsländern (u.a. Spanien, Griechenland, Italien) zu schließen, um einen europarechtlich einwandfreien Weg zu beschreiten, um bereits registrierte Asylbewerber an der Grenze nicht einfach nur abzuweisen, sondern in das Land ihrer Registrierung zurückzuschicken. Das Ziel von CDU/CSU ist in dieser Frage dasselbe, die CDU pocht aber darauf, keinen nationalen Alleingang zulasten Dritter zu fahren.

Aber machen wir uns keine Illusionen über eine generelle Zurückweisung an der Grenze von Asylbewerbern. Diese bedeutet Grenzkontrollen für alle und jeden in Deutschland. Es wäre ein mindestens vorübergehendes Ende des Schengenraumes – eines Stückes Europas. Unbestritten brauchen wir die Kontrolle darüber, wer sich im Schengenraum aufhält, aber das erreichen wir durch den Schutz und die Kontrolle der Außen- und nicht der Binnengrenzen. Wir brauchen



ein funktionierendes europäisches Asyl- und Grenzschutzsystem. Wenn dies zeitnah nicht gelingt, müssen wir über weitere nationale Maßnahmen reden, die aber ein Konzept erfordern und nicht bei den betroffenen europäischen Ländern den Anreiz auslösen, Flüchtlinge nicht mehr zu registrieren, sondern direkt nach Deutschland durchzuwinken.

Neben diesem Vorgang fanden auf internationaler Ebene zwei weitere bemerkenswerte Treffen statt. Zum einen düpierte Donald Trump die übrigen G7 durch seine frühe Abreise und die Rücknahme seiner erfolgten Zustimmung zum Abschlusskommuniqué. Zum anderen trafen sich Donald Trump und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un in Singapur und vereinbarten vage die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel.

Es bleibt abzuwarten wie historisch all diese Momente in der Zukunft beurteilt werden.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

EU-Reformen • G7 • Bundesamt für Migration und Flüchtlinge • Familiennachzug • Rede zum Atomabkommen mit dem Iran • Zahlen und Fakten

Interview der Bundeskanzlerin:

Reformen der EU

Die Bundeskanzlerin hatte bereits vor der ersten Sitzungswoche eine überzeugende Antwort auf die Frage gegeben, welche Schritte notwendig sind, damit Europa die Herausforderungen der Zukunft besteht. Das Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern gute Perspektiven in Sachen Sicherheit und Wohlstand zu bieten und Europa eine starke Stimme in der Welt zu sichern. Damit schreibt die Bundeskanzlerin die erfolgreiche europapolitische Politik der Unionsparteien fort.

Wichtigste Handlungsfelder sind dabei die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die wirtschaftliche und technologische Stärkung unseres Kontinents sowie die gemeinsame Asyl- und Entwicklungspolitik.

In der Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir unser Schicksal stärker in die eigene Hand nehmen, um eine starke Rolle im globalen Gefüge zu behalten. Im Rahmen der Verteidigungspolitik sollte eine mögliche Interventionsinitiative in die Struktur der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit eingepasst und die Zahl der Typen von Waffensystemen deutlich reduziert werden, um so zu einer Bündelung der europäischen Kräfte zu kommen. Ein wichtiger Schritt zu mehr Gemeinsamkeit in der Außenpolitik wäre ein zusätzlicher gemeinsamer europäischer Sicherheitsratssitz bei den Vereinten Nationen. Trotz Brexit soll Großbritannien ein wichtiger sicherheitspolitischer Partner bleiben.

Für die Sicherung unseres Wohlstands im 21. Jahrhundert sind eine innovationsfähige Wirtschaft und solide Finanzen Grundvoraussetzung. Bei den fundamentalen Innovationen muss Europa schneller

werden, nur so halten wir weltweit den Anschluss. Erfolgreich wirtschaften können wir aber nur mit einem stabilen Euro. Unter anderem soll der Europäische Stabilisierungsmechanismus, der in der Finanzkrise entstand, ähnlich dem IWF zu einem zwischenstaatlich verfassten Europäischen Währungsfonds werden. Er soll in der Lage sein, die Schuldenfähigkeit von Ländern zu bewerten und sie ggf. wiederherzustellen. Wir werden darauf achten, dass die Rechte des Deutschen Bundestages gewahrt bleiben. Denn klar ist für uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch: Solidarität unter Euroländern darf nie in eine Schuldenunion münden, sondern muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Finanzielle Hilfe gibt es nur gegen Reformen.

In der zentralen Migrationsfrage sind Außengrenzsicherung, gemeinsame Asylpolitik und Bekämpfung der Fluchtursachen essentiell. Es ist wichtig, dass die europäische Grenzschutzbehörde Frontex mittelfristig zu einer echten europäischen Grenzpolizei mit europäischen Kompetenzen wird. Gleichzeitig sollen die Asylstandards in Europa vergleichbar werden. Mit dem Marshallplan für Afrika wollen wir dafür sorgen, dass junge Menschen in ihren Ländern bleiben und sich nicht auf den Weg nach Europa machen. ■

G7 in Charlevoix:

Ein Affront

Vergangenes Wochenende fand idyllisch am St.-Lorenz-Strom gelegen, das diesjährige G7-Treffen der Staats- und Regierungschefs im kanadischen Charlevoix statt. Ein Format, das trotz zum Teil heftiger Kritik so wichtig ist, wie bei dessen Gründung 1975. Staats- und Regierungs-

chefs der wichtigsten demokratischen, rechtsstaatlichen und wertebasierter Staaten der Welt treffen sich zu einem eher informellen Gedankenaustausch zu den drängendsten globalen Problemen in lockerer Atmosphäre, um gemeinsam Lösungen zu finden. Auch in diesem Jahr wurden wichtige Themen diskutiert, auf Folgende Ergebnisse wurde sich dabei verständigt:

- Bekämpfung von Handelsprotektionismus und Reform der Welthandelsorganisation
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerumgehung, indem die weltweite Umsetzung internationaler Standards unterstützt sowie Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung angegangen wird.
- Nachdrückliche Aufforderung an Russland, seine Handlungen zur Untergrabung von Demokratien und seine Unterstützung des syrischen Regimes einzustellen
- Verteidigung der Demokratien vor ausländischen Bedrohungen, die auf eine Untergrabung ihrer Gesellschaften, Wahlen, Souveränität und Sicherheit gerichtet sind
- Forderung nach Entnuklearisierung der Koreanischen Halbinsel und vom Iran
- Zusammenarbeit bei der Verwirklichung eines integrativen Wachstums und der Geschlechtergleichstellung
- Bekräftigung der EU und Japans für ihr entschiedenes Eintreten für die Umsetzung des Pariser Klimaschutzübereinkommens

Leider spricht niemand mehr über diese Themen. Vielmehr steht ein bislang in diesem Format beispielloser Vorgang im Mittelpunkt des Interesses: Die nachträgliche Rücknahme der Zustimmung von Präsident Trump zur G7-Abschlussklärung.

Meine Ernüchterung ist groß, da die G7 ein seit über 40 Jahren bewährtes Gesprächsformat sind. Mit diesem unerwarteten Schritt hat der US-Präsident der wertebasierten Zusammenarbeit der führenden westlichen Wirtschaftsnationen einen schweren Schlag versetzt. Wir erleben nicht nur im Verhältnis zu den USA eine Zeitenwende. Wenn es noch eines Weckrufes für Europa bedurft hätte, dann ist er jetzt erklingen. Die Europäer müssen ihr Schicksal sowohl außen- als auch sicherheitspolitisch endlich in die eigenen Hände nehmen.

Trotz des Verhaltens von Präsident Trump bleibt Deutschland aber ein enger Partner und Verbündeter der USA. Wir wissen, dass eine überparteiliche Mehrheit im Kongress und Senat sowie vor allem in der US-Bevölkerung genauso empfindet. Daher ist es jetzt wichtig, dass Deutschland und Europa die vorhandenen Kontakte und die Zusammenarbeit

mit dem Kongress und Senat ausbauen und verstärken. Unser Ziel ist es, sie davon zu überzeugen, dass der Westen die weltweiten Herausforderungen besser geeint als gespalten bewältigen kann. ■

BAMF:

Es bedarf schneller Aufklärung

Offenbar kriminelle Vorgänge in der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bremen haben den Fokus auf die Arbeit dieser großen Bundesbehörde gerichtet, welche die Asylverfahren durchführt. Mit Klugheit und Ruhe sollten wir die Situation bewerten: Das BAMF hat in den vergangenen Jahren hunderttausende von Asylverfahren durchführen müssen, so dass die Behörde um mehrere tausend Mitarbeiter aufgestockt werden musste. Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Mitarbeiter Enormes geleistet haben, um den Berg an Asylverfahren abzuarbeiten. Dabei sind ohne Frage auch Fehler passiert. Jetzt brauchen wir eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge und einen schnellstmöglichen Abbau von Qualitätsdefiziten.

So wichtig zügige Entscheidungen von Asylanträgen sind, Schnelligkeit darf nicht auf Kosten der Qualität gehen. Wir unterstützen Bundesinnenminister Horst Seehofer darin, verloren gegangenes Vertrauen so schnell wie möglich wiederherzustellen. Hierzu wurden die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet wie etwa die Bitte um Prüfung durch den Bundesrechnungshof und die Entscheidung, dass die BAMF-Außenstelle Bremen keine Asylbescheide mehr erlassen darf. Die Befassung des Innenausschusses hat letzte Woche gezeigt, dass dies der richtige Ort für die Aufklärung ist. Sie wird in dieser Woche mit der Befragung von ehemaligen und aktuellen BAMF-Präsidenten fortgesetzt, in der nächsten Woche werden Thomas de Maizière und Peter Altmaier Rede und Antwort stehen.

Wir richten unseren Blick aber auch nach vorne. Wir wollen, dass das Bundesamt personell und im Hinblick auf die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen so ausgestattet und organisiert ist, dass eine ordnungsgemäße Prüfung der Asylanträge gewährleistet ist. Richtig ist es, auch auf die im Koalitionsvertrag vereinbarten Anker-Zentren zu setzen. Hierfür erwarten wir die Unterstützung durch unseren Koalitionspartner und auch durch die Länder, denn nur gemeinsam werden wir Fortschritte bei der Bearbeitung und beim Vollzug von Asylentscheidungen erreichen. ■

Atomabkommen mit dem Iran:

Meine Rede zum JCPOA

„Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA, oder, wie wir es vielleicht der Einfachheit halber nennen, das Iran-Abkommen, ist in der politischen Debatte. Es ist ein Abkommen, das über Monate intensiv vorbereitet wurde mit zähen Verhandlungen und vielen intensiven Beratungen, die sich aber gelohnt haben. Denn die Internationale Atomenergiebehörde hat festgestellt, dass der Iran sich an die Auflagen, die ihm gegeben worden sind, hält.

Zugegebenermaßen: Dieses Abkommen hat keineswegs alle Probleme der Region gelöst, und es gibt auch weitere Punkte, die wir sehr kritisch betrachten müssen, unter anderem und vor allem die iranische Destabilisierungs- und Hegemonialpolitik, die wir unter anderem in Syrien und auch im Jemen leider jeden Tag beobachten können, aber auch die offenen Aggressionen gegen Israel, zu denen ich später in meiner Rede noch einmal komme.

Außerdem hat dieses Abkommen in der Tat Defizite, die ja auch von den amerikanischen Partnern angesprochen worden sind: unter anderem das Fehlen von Vorgaben zum iranischen Ballistik Programm, aber auch die Sunset Clause.

Auch wenn ich mich trotz dieser Punkte für weitergehende Verhandlungen mit dem Iran ausspreche, möchte ich an den Realitätssinn appellieren. Ich sehe nicht, dass wir ein Abkommen bekommen werden, das diese kritischen Punkte lösen wird. Wir werden kein besseres Abkommen als dieses, das uns heute vorliegt, bekommen.

Trotz aller Bedenken, die viele Menschen aufgrund dieser Punkte teilen, ist dieses Abkommen eine bedeutende Wegmarke eines mehrstufigen Problemlösungsprozesses, was zumindest die Urananreicherung und das nukleare Gefährdungspotenzial des Iran einhegen und kontrollieren sollte. Gerade weil es einen international getragenen Konsens gab, wurde dieses Abkommen durch den UN-Sicherheitsrat gebilligt. Das war nicht nur ein echtes multilaterales Ergebnis, sondern in der Tat auch ein diplomatisches Erfolgserlebnis. Es unterstrich einmal mehr die Bedeutung dieses Abkommens als wichtiges Sicherheitselement in einem ohnehin von fortwährender Unsicherheit geprägten Nahen Osten. Deswegen bekennen sich die europäischen Staaten ungeachtet des US-amerikanischen Rückzugs weiterhin zu diesem Abkommen.

Es zeigt sich in den Anträgen der FDP und auch der Linken, dass das Bekenntnis zum JCPOA auch in

diesem Haus von einer breiten Allianz getragen wird. Wir freuen uns über diese Unterstützung und auch darüber, dass in diesem Bereich die Haltung der Bundesregierung unterstützt wird. Insbesondere der FDP-Antrag erwähnt tatsächlich unterstützenswerte Ziele, zum Beispiel die Begrenzung des Nuklearprogramms auf zivile Nutzung, den Erhalt umfassender IAEA-Inspektionen und die Verhinderung der nuklearen Weiterverbreitung im Nahen Osten. Das sind die obersten Ziele, die auch dem entsprechen, was die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen sich zum Ziel gesetzt haben.



Aber trotz der herausgehobenen Bedeutung dieses Vertrags für die internationale Sicherheit muss man auch offen Unbehagen adressieren können. Mich besorgt und befremdet sehr, dass der Iran dieser Tage eine Serie von unerträglichen Provokationen zu verantworten hat. Das betrifft nicht nur die Ankündigung, den Bau leistungsstarker Zentrifugen vorzubereiten. Das religiöse Oberhaupt des Iran hat vor wenigen Tagen via Twitter Israel als „böses Krebsgeschwür“ bezeichnet, das entfernt und ausgelöscht werden muss. In einem deutschen Parlament müssen wir das mit Nachdruck verurteilen. Wir akzeptieren solche Ausfälle nicht. Es gilt, wozu sich dieses Haus im Beschluss zu dem Antrag „70 Jahre Gründung des Staates Israel“ bekannt hat: Israels Existenzrecht und Sicherheit sind für uns nicht verhandelbar.

Noch etwas besorgt mich sehr: der offene Konflikt mit unserem Partner USA in dieser Frage. Es ist ausgesprochen bedauerlich, dass die Vereinigten Staaten sich aus diesem internationalen Abkommen, das sich in sehr seltener Einigkeit internationaler Akteure entwickelt hat, zurückziehen. Einmal mehr werden der Wert und die Notwendigkeit internationaler Abkommen zur Lösung von Konflikten nicht erkannt und stattdessen durch nationale Alleingänge ersetzt. Ich halte diesen Weg für einen Irrweg, erst recht dann, wenn die an dem Abkommen festhaltenden Partner durch Sanktionsdrohungen unter Druck gesetzt werden sollen.

Das verdeutlicht auch der gemeinsame Brief an die USA, der von deutschen Regierungsmitgliedern un-

terzeichnet wurde und Ausnahmen für EU-Unternehmen von den Sanktionen gegen den Iran fordert. Deshalb halte ich die von der EU-Kommission bekannt gegebene Reaktivierung des sogenannten Blocking Statutes, einem Gesetz zur Abwehr der US-Sanktionen, für konsequent; denn wir dürfen uns nicht erpressen lassen. Dies sage ich nicht auf dem Fundament eines weit verbreiteten Antiamerikanismus, sondern als glühender Transatlantiker, der auch weiterhin für eine stabile und vitale Partnerschaft mit den USA kämpfen wird.

Was wir dieser Tage im Nahen Osten erleben, die Transformation von vorsichtiger Annäherung zurück zu Konfrontation, schürt die Angst in der Region und in der Welt, dass verbales Wettrüsten in bewaffneten Auseinandersetzungen mündet. Wir Europäer müssen hier weiter mit allen Mitteln der Diplomatie Einfluss nehmen - mit Besonnenheit, aber auch mit einer Stimme, die unsere Interessen selbstbewusst formuliert. Diesen Weg sollten wir als Deutscher Bundestag gemeinsam gehen.

Herzlichen Dank.“ ■

Familiennachzug:

Begrenzung auf 1.000 im Monat

Bereits Anfang dieses Jahres haben wir den Anspruch von subsidiär Schutzberechtigten auf Familiennachzug abgeschafft – rechtzeitig bevor die zuvor bestehende zweijährige Aussetzung ausgelaufen wäre. Festgelegt wurde, dass ab 1. August 2018 nur noch höchstens 1.000 Personen im Monat aus humanitären Gründen zu Personen dieser Schutzgruppe nachziehen können. Auch hier ist unsere Leitlinie, die Flüchtlingszahlen im Griff zu haben, damit die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft erhalten bleibt.

Mit dem nunmehr zu beratenden Gesetz erfolgt die Ausgestaltung des begrenzten Familiennachzuges, insbesondere werden Auswahl- und Ausschlussgründe festgelegt. Beim Zuzug zu subsidiär Schutzberechtigten sind Integrationsaspekte und das Kindeswohl besonders zu berücksichtigen. Nur wer sich selbst als integrationswillig und -fähig erweist, wird auch seine nachziehende Familie in diesem

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel 030/227-75549

markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Sinne fördern und begleiten. Der Familiennachzug zu Gefährdern ist für sämtliche Familiennachzüge – auch zu anerkannten Flüchtlingen und deutschen Staatsbürgern – kategorisch ausgeschlossen. ■

Zahlen und Fakten I:

Arbeitslosenzahlen sinken

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt weiter. Den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 5,1 Prozent. Demnach waren 2,3 Millionen Menschen arbeitslos, 68.000 weniger als noch im April und rund 182.000 weniger als im Vorjahr. Dies entspricht dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Gleichzeitig vermeldete die Bundesagentur für Arbeit rund 793.000 offene Stellen im Mai – 78.000 mehr als vor einem Jahr. Auf europäischer Ebene lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April 2018 im Euroraum bei 8,5 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert seit 2008. Auch sie verzeichnete gegenüber 9,2 Prozent im April 2017 einen Rückgang. Eurostat-Schätzungen zufolge waren in der EU im April 2018 circa 17,4 Millionen Menschen arbeitslos, 13,8 Millionen davon im Euroraum. Im Jahresvergleich war die Arbeitslosenquote im April in allen EU-Mitgliedstaaten rückläufig. Einzige Ausnahmen bildeten Italien, wo sie unverändert blieb, und Estland, wo sie leicht anstieg. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten Tschechien, Malta und Deutschland. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat) ■

Zahlen und Fakten II:

Fortschritte bei Digitalisierung

Die meisten deutschen Unternehmen zeigen eine große Offenheit gegenüber der Digitalisierung und stellen sich auf die veränderten Marktbedingungen ein. So sehen laut einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom 89 Prozent der Unternehmen die Digitalisierung eher als Chance für das eigene Unternehmen, nur acht Prozent nehmen sie überwiegend als Risiko wahr. Zudem haben mittlerweile 78 Prozent der Unternehmen eine Digitalstrategie (2017: 68 Prozent). Die zunehmende Verbreitung von Digitalstrategien führt dazu, dass Unternehmen ihre Produktpalette anpassen. So nehmen 37 Prozent Produkte und Dienstleistungen vom Markt, 63 Prozent passen ihr bestehendes Portfolio an. Fast 48 Prozent der Unternehmen bieten als Reaktion auf die Digitalisierung neue Produkte und Dienstleistungen an, vor einem Jahr waren es noch 44 Prozent. (Quelle: Bitkom) ■



oben: erstes Treffen mit den Exzellenzen Laurence Bay Siow Hon (Singapur) und Sopharath Touch (Kambodscha)

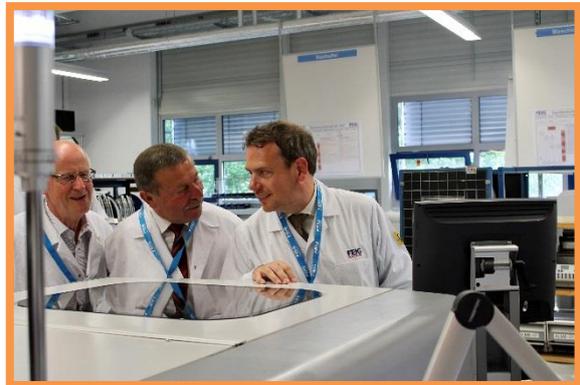


oben: Abschied von meiner Praktikantin, Karina Krebs



links: Besuch des Rosenhang-Museums in Weilburg

unten: Treffen mit der amerikanischen PPP-Stipendiatin Alaina Ashley im Bundestag



oben: Besuch der FEIG ELECTRONIC GmbH in Weilburg



unten: Gespräch mit dem kasachischen Botschafter, S.E. Bolat Nussupov

